

4 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019) (s. Anlagen 3 und 4)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3300

hier: Einzelplan 02 (Ministerpräsident)

hier: Einzelplan 06 (Ministerium für Kultur und Wissenschaft)

Vorlage 17/1091

Vorlage 17/1082 (Erläuterungsband)

Vorlage 17/1042 (Erläuterungsband)

Vorlage 17/1252 (Fragen der AfD-Fraktion zum Einzelplan 06)

Vorlage 17/1253 (Frage der FDP-Fraktion zum Einzelplan 06)

Vorlage 17/1288 (Ergebnisvermerk)

Ergänzung
der Landesregierung
zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 17/3300
Drucksache 17/4100

Einführend macht **Vorsitzender Oliver Keymis** auf die Tischvorlagen zu den Änderungsanträgen der Fraktionen zu den Einzelplänen 02 und 06 aufmerksam (s. Anlagen 3 und 4).

Ihre Fraktion begrüße den Haushaltsgesetzentwurf und die darin vorgesehene Erhöhung für den Kulturbereich grundsätzlich, so **Andrea Stullich (CDU)** zum Einzelplan 02. Die Mittel für die Film- und Medienstiftung sollten nochmals um 1,5 Millionen € und insgesamt um 3 Millionen € erhöht werden – auch zur Förderung der Gamesbranche. Dies begrüße sie insbesondere als Teil der Digitalstrategie, durch die NRW zum Mediendigitalland weiterentwickelt werden soll. Für die kulturelle Filmförderung stünden 300.000 € mehr zur Verfügung.

Die eigenen Änderungsanträge umfassten zunächst die Mittel zur Förderung der Medienkompetenz. Diese Mittel würden im Haushalt 2019 um 1 Million € erhöht. Diese Mittel sollten dafür eingesetzt werden, mit mobilen und flexiblen Angeboten zu den Menschen in die Fläche zu kommen. Dies halte sie für eine gute Grundlage für mehr Medienkompetenz im digitalen Zeitalter.

Der andere Änderungsantrag beziehe sich auf das Filmfestival Cologne und auf das Medienforum Nordrhein-Westfalen, und sehe eine Erhöhung der Festivalmittel in Höhe von 200.000 € sowie um zusätzliche Mittel zur Weiterentwicklung des Medienforums und weiterer bedeutender Medienveranstaltungen sowie zur stärkeren Vernetzung mit der Branche in Nordrhein-Westfalen vor.

Unter Hinweis auf die zu erwartend weiterhin steigenden Steuereinnahmen möchte **Alexander Vogt (SPD)** wissen, ob das kürzlich abgeschaffte Medienforum nun wiederbelebt werden solle. Auch sollten Gelder für eine Reihe weiterer Veranstaltungen zur Verfügung gestellt werden, etwa für das Global Media Forum. Seines Wissens handele es sich dabei um eine Veranstaltung der Deutschen Welle, mithin einer Bundeseinrichtung. Er wolle wissen, ob auf diese Art der Bund entlastet werden solle.

Im Rahmen des Tages der Medienkompetenz seien mehr Ideen für die Erhöhung der Medienkompetenz in der Fläche geäußert worden, etwa der Einsatz von Bussen, als die jetzige Vorlage enthalte. Er wolle wissen, ob die 1 Million € den Mitteln entspreche, die beim Tag der Medienkompetenz angekündigt worden seien. Er wolle darüber informiert werden, wie viele Busse die Landesregierung zu kaufen gedenke, um das Projekt wirklich in die Fläche zu bringen, wie die Busse ausgestattet sein sollten und wie viel Personal für den Einsatz in den Bussen vorgesehen werde.

Andrea Stullich (CDU) erläutert, grundsätzlich gehe es darum, Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu erklären, wie Medienverbreitung funktioniert, damit diese Informationen und Quellen kritisch bewerten könnten. Weiterhin solle ein stärkeres Bewusstsein geschaffen werden, welchen Einfluss Medien auf die Meinungsbildung und das persönliche Verhalten einzelner Personen ausübten. Es gehe nicht nur um die Anschaffung eines Busses bzw. möglicherweise mehrerer Fab Mobile, sondern um die Verzahnung von Theorie und Praxis sowie um die Zusammenführung von analoger und digitaler Welt.

Thomas Nüchel (FDP) hält es für wichtig, dass das Grundgerüst erstellt werde. Danach könnten Erfahrungen mit den Trägern ausgetauscht und Dinge weiterentwickelt werden.

Das Filmfestival Cologne solle seine Rolle im Reigen der Filmfestivals weiter stärken können. Es handele sich mithin beim Festival um eine wachsende Perle.

Er finde, das Medienforum sei nicht abgeschafft worden, vielmehr habe es sich im Niedergang befunden und sich letztlich selbst abgeschafft. In der Verantwortungszeit der rot-grünen Landesregierung sei es nicht richtig weiterentwickelt worden. Alle Medienveranstaltungen hätten indes mit einem gewissen Rückgang der Besucherzahlen zu kämpfen. Die Kette attraktiver Medienveranstaltungen in NRW solle genutzt werden, etwa auch das Social Media Forum. Dort könne man ansetzen. Auch eine Internationalisierung tue diesen Veranstaltungen gut.

Die Landesregierung sei dankbar für den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP in Sachen Medienkompetenz, so **StS Nathanael Liminski (StK)**. Man könne jeden Antrag kleinreden, jedoch werde eine Verdopplung der Mittel für die Medienkompetenz vorgesehen. Mithin handele es sich aus seiner Sicht um ein starkes Signal. Man könne versuchen, das auf Busse herunterzurechnen und es so lächerlich und machen, nichtsdestotrotz sehe er in der Erhöhung ein Zeichen, dass die Medienkompetenzentwicklung der Koalition sehr wichtig sei. Gern werde er den Ausschuss noch

im laufenden Jahr weiter unterrichten, wie die Landesregierung diese Mittel einzusetzen gedenke, um die Medienkompetenz in die Fläche zu bringen.

Er stellt klar, das Medienforum werde nicht abgeschafft, vielmehr habe er davon gesprochen, dass es das Medienforum alter Prägung nicht mehr geben werde. Die Landesregierung habe erwogen, im Laufe dieses Jahres gegebenenfalls eine kleinere Veranstaltung stattfinden zu lassen. Diese Planung sei jedoch verworfen worden, weil man sich noch mit Gesprächen mit der Branche befinde. Nach Einrichtung des Mediendigitalbeirats sei eine Arbeitsgruppe „Zukünftige Medienveranstaltungen“ eingesetzt worden. Der Beirat habe sehr klare Kriterien, Anforderungen und Erwartungen an künftige Mediengroßveranstaltungen in Nordrhein-Westfalen formuliert. Diesen Erwartungen wolle man mit einer Veranstaltung im kommenden Jahr gerecht werden. Hierzu würden derzeit abschließende Überlegungen angestellt. Er gehe davon aus, in der nächsten Ausschusssitzung Näheres hierzu berichten zu können.

Gabriele Walger-Demolsky (AfD) merkt an, sie sei kein Medienpolitiker, und die in den Änderungsanträgen aufgeworfenen Fragen erleuchteten das Ganze nicht komplett, weswegen sie sich bei der Abstimmung über den Einzelplan 02 enthalten werde. Die AfD habe zwar eine Meinung, jedoch könne sie, Walger-Demolsky, diese heute nicht fundiert vertreten.

Der Ausschuss für Kultur und Medien nimmt den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP, Kapitel 02 010, Titelgruppe 66, Titel 547 66 mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP, GRÜNEN bei Enthaltung der AfD an.

Der Ausschuss für Kultur und Medien nimmt sodann den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP, Kapitel 02 060, Titel 683 10 mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP, GRÜNEN bei Enthaltung der AfD an.

Andreas Bialas (SPD) merkt mit Blick auf den Einzelplan 06 zum Änderungsantrag zur Landeszentrale für politische Bildung an, zunehmend gingen Menschen in bestimmten Sozialräumen nicht zur Wahl oder verfielen in Opposition zu bestimmten Projekten, etwa bei der Errichtung von Infrastruktur. Daher müsse man sich auch von Landesseite her der politischen Prozesse vor Ort annehmen.

Dr. Stefan Nacke (CDU) erinnert daran, dass in der letzten Plenarrunde einstimmig eine Enquetekommission zur Förderung der parlamentarischen Demokratie eingesetzt worden sei. In den nächsten zwei Jahren würden daher diese Themenstellungen aufgegriffen und bearbeitet. Er empfehle, die Ergebnisse der Kommission abzuwarten und aufzugreifen. Daher werde seine Fraktion dem Änderungsantrag nicht zustimmen.

Der Ausschuss für Kultur und Medien lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Kapitel 06 010, Titel 422 01 mit den

Stimmen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen von SPD und GRÜNEN ab.

Sodann nimmt der Ausschuss für Kultur und Medien den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP, Kapitel 06 050, Titel 695 60 mit den Stimmen von CDU, FDP und GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD bei Stimmenthaltung der SPD an.

Der Ausschuss für Kultur und Medien lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Kapitel 06 070, Titel 534 10 mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen von SPD und GRÜNEN ab.

Ferner nimmt der Ausschuss für Kultur und Medien den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP, Kapitel 06 070, Titelgruppe 63, Titel 684 63 mit den Stimmen von CDU, FDP, GRÜNEN und AfD bei Stimmenthaltung der SPD an.

Weiterhin stimmt der Ausschuss für Kultur und Medien dem Einzelplan 02 in der Fassung der soeben beschlossenen Änderungsanträge mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und GRÜNEN bei Stimmenthaltung der AfD zu.

Andreas Bialas (SPD) stellt die Enthaltung der SPD-Fraktion zum Einzelplan 06 in Aussicht, da seine Fraktion finde, dass zu Beginn des Haushaltsjahres nicht einfach 20 Millionen € als Pauschalsumme angesetzt werden solle, aus der man sich im Laufe des Haushaltsjahres bediene. Vielmehr wolle sie wissen, wofür diese Mittel verausgabt würden. Falls diese Mittel auch zu Beginn des kommenden Haushaltsjahres nicht konkret beziffert würden, werde seine Fraktion entsprechende Änderungsanträge stellen.

Gabriele Walger-Demolsky (AfD) zeigt sich enttäuscht von den Antworten auf die Anfragen ihrer Fraktion zum Kulturbereich. Mit Blick auf die politische Bildung frage sie sich, ob sich das Ministerium für Kultur und Wissenschaft mit dem Innenministerium abstimme. Daher werde man andere Anträge der AfD sehen, zumal die geäußerte Einschätzung sich sehr von derjenigen des Ministers Reul unterscheide. Sie empfehle, sich in Sachen der Beurteilung des Linksextremismus abzustimmen.

Lorenz Deutsch (FDP) betont, der erfreuliche kontinuierliche Mittelaufwuchs in Höhe von 20 Millionen € pro Jahr stelle eine echte Herausforderung für das Ministerium dar. Vor dem Hintergrund der vorhandenen kleinen Kulturabteilung halte er die Umsetzung für ambitioniert. Er habe in der letzten Ausschusssitzung um eine differenzierte Darstellung der Stärkungsmittel gebeten, die inzwischen für die Jahre 2018/2019 vorliege.

Dabei handele es sich immer noch um Work in Progress. Diese Dinge würden im nächsten Haushalt in die normalen Ansätze verschoben.

Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen (MKW) ergänzt, man werde den Mittelaufwuchs nicht nach dem Gießkannenprinzip verteilen, sondern die Positionen entsprechend durcharbeiten. In vielen Gesprächen sei dies auch den betroffenen Gruppen erläutert worden.

Sie unterstreiche, dass ihr Haus mit Blick auf die Personalausstattung über eine sehr bescheidene Kulturabteilung verfüge, die aus hochmotivierten Menschen bestehe, die sich allerdings am Rande ihrer Belastbarkeit befänden, zumal ein Mittelaufwuchs immer Mehrarbeit bei der Verausgabung mit sich bringe.

Die Operationalisierungen der Verfahren etwa bei kommunalen Theatern und Orchestern sowie bei der freien Theaterszene stellten sich als unglaublich aufwendig dar. Allein der freie Bereich umfasse 500 bis 800 Gruppen, und entsprechende Wettbewerbe müssten organisiert werden. Inzwischen werde mit externen Partnern zusammengearbeitet, was eine gewisse Entlastung mit sich bringe. Grundsätzliche programmatische Neuorientierungen entstünden indes jedoch im Ministerium und im Dialog mit den entsprechenden Gruppen, was ebenfalls einen sehr hohen Aufwand bedeute.

Etwa seien die beiden für die Infrastrukturausschreibung im Ministerium zuständigen Personen von über 1.100 eingegangenen Anträgen überwältigt worden, von denen zwischenzeitlich immerhin 250 Anträge positiv beschieden worden seien. Sie wünsche eine neue Ausschreibung des Programms im nächsten Jahr, da es offensichtlich einen Nerv getroffen habe.

Die Neustrukturierung der freien Musikszene müsse jetzt umgesetzt werden. Sie zeige sich zuversichtlich, im Haushalt 2020 größere Teilbeträge der insgesamt dann 60 Millionen € in die entsprechenden Titel umsetzen zu können.

Die Antwort auf die Anfrage der FDP-Fraktion habe einen Versuch einer groben Übersichtsdarstellung dargestellt.

In Sachen Landeszentrale für politische Bildung befinde sie sich selbstverständlich in enger Abstimmung mit dem Innenminister. Natürlich gebe es auch Workshops zum Linksextremismus, wie sich nicht zuletzt aus den Materialien ergebe. Die AfD könne gern immer weiter fragen, und das Ministerium werde die Erklärungen in immer neuen Variation liefern. Sie halte den von der AfD angesprochenen Punkt nicht für eine wirklich neue Idee.

Andreas Bialas (SPD) merkt an, wenn man Details nicht von Anfang an im Haushalt aufführe, könne man im Laufe des Jahres immer wieder neue Erfolge bei den entsprechenden Mittelzuweisungen vermelden. Er wünsche, die Details nicht auf einem Zusatzblatt, sondern im Haushalt zu finden.

Falls man einen Personalaufwuchs im Ministerium beabsichtige, finde man hierfür die hundertprozentige Unterstützung der SPD-Fraktion, zumal dort aus seiner Sicht sehr viel gute Arbeit auf ziemlich wenigen Schultern geleistet werde.

Gabriele Walger-Demolsky (AfD) hält die Antwort nicht für ausreichend, dass es Projekte gebe, ohne diese zu benennen. Bis zum heutigen Tag warte ihre Fraktion auf die Benennung konkreter Projekte.

Minister Reul habe in der „Welt“ ausgeführt, dass er die Gefahren durch Links- und Rechtsextreme im Land als ungefähr gleich groß einschätze. Sie halte daher die gegebenen Antworten für „nicht besonders ausreichend“. Sie würde sich über die Nennung genauer Projekte freuen.

Schließlich stimmt der Ausschuss für Kultur und Medien dem Einzelplan 06 in der Fassung der soeben beschlossenen Änderungsanträge mit den Stimmen von CDU, FDP und GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD bei Stimmenthaltung der SPD zu.



Ausschuss für Kultur und Medien

17. Sitzung (öffentlich)

8. November 2018

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 16:40 Uhr

Vorsitz: Oliver Keymis (GRÜNE)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

	Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
1	Tag der Medienkompetenz	6
	Rückblick	
2	Medienkompetenzbericht 2017/2018 der Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen (LfM) (s. Anlage 1)	8
	Vorlage 17/1242	
3	Das Land Nordrhein-Westfalen soll die Finanzierung der Kunststiftung NRW sicherstellen (s. Anlage 2)	12
	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/2161	

4 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019)
(s. Anlagen 3 und 4)

18

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3300

hier: Einzelplan 02 (Ministerpräsident)

hier: Einzelplan 06 (Ministerium für Kultur und Wissenschaft)

Vorlage 17/1091

Vorlage 17/1082 (Erläuterungsband)

Vorlage 17/1042 (Erläuterungsband)

Vorlage 17/1252 (Fragen der AfD-Fraktion zum Einzelplan 06)

Vorlage 17/1253 (Frage der FDP-Fraktion zum Einzelplan 06)

Vorlage 17/1288 (Ergebnisvermerk)

Ergänzung

der Landesregierung

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 17/3300

Drucksache 17/4100

Der Ausschuss für Kultur und Medien nimmt den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP, Kapitel 02 010, Titelgruppe 66, Titel 547 66 mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP, GRÜNEN bei Enthaltung der AfD an.

Der Ausschuss für Kultur und Medien nimmt sodann den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP, Kapitel 02 060, Titel 683 10 mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP, GRÜNEN bei Enthaltung der AfD an.

Der Ausschuss für Kultur und Medien lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Kapitel 06 010, Titel 422 01 mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen von SPD und GRÜNEN ab.

Sodann nimmt der Ausschuss für Kultur und Medien den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP, Kapitel 06 050, Titel 695 60 mit den Stimmen von CDU, FDP und GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD bei Stimmenthaltung der SPD an.

Der Ausschuss für Kultur und Medien lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Kapitel 06 070, Titel 534 10 mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen von SPD und GRÜNEN ab.

Ferner nimmt der Ausschuss für Kultur und Medien den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP, Kapitel 06 070, Titelgruppe 63, Titel 684 63 mit den Stimmen von CDU, FDP, GRÜNEN und AfD bei Stimmenthaltung der SPD an.

Weiterhin stimmt der Ausschuss für Kultur und Medien dem Einzelplan 02 in der Fassung der soeben beschlossenen Änderungsanträge mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und GRÜNEN bei Stimmenthaltung der AfD zu.

Schließlich stimmt der Ausschuss für Kultur und Medien dem Einzelplan 06 in der Fassung der soeben beschlossenen Änderungsanträge mit den Stimmen von CDU, FDP und GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD bei Stimmenthaltung der SPD zu.

5 Starke Denkmalpflege – starke Heimat! Eigentümer beim Erhalt und der Nutzung von Denkmälern unterstützen **24**

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/3807

Der Ausschuss für Kultur und Medien beschließt einstimmig, die Beratung des Tagesordnungspunktes zu verschieben, um die Beratung im federführenden Ausschuss abzuwarten.

6 Verschiedenes **25**

Der Ausschuss für Kultur und Medien beschließt einstimmig, eine Reise zur Teilnahme an der Berlinale und dem entsprechenden Empfang durchführen zu wollen.

Tischvorlage

Änderungsanträge der Fraktionen zum Haushaltsgesetzentwurf 2019

Einzelplan 02

**Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien
am 8. November 2018**

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 02
zum Haushaltsgesetz 2019**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	CDU FDP	<p>Kapitel 02 010 Ministerpräsident</p> <p>Titelgruppe 66 Medien</p> <p>Titel 547 66 Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>2019 von 1.392.400 Euro um 1.000.000 Euro auf 2.392.400 Euro</p> <p style="text-align: right;">Ansatz lt. HH 2018 1.392.400 Euro</p> <p>Begründung: Es ist erklärtes Anliegen des Ministerpräsidenten, „Medienkompetenzförderung in die Fläche zu bringen“. Es wird hier ab 2019 darum gehen, die praktische Sichtbarkeit des Themas weiter zu erhöhen und – auch in Umsetzung des aktuell entwickelten „Medienpasses für Erwachsene“ – mit konkreten Maßnahmen außerschulische Bildungsangebote zu verstärken. Es ist erkennbar, dass „Ausprobier- und Mitmachangebote“ sehr hohe Potentiale bei der Vermittlung von Kompetenzen in einer digital geprägten Welt haben. Dies sollte kombiniert werden mit dem Ansatz, Flexibilität und Mobilität zu leben und „zu den Menschen zu kommen“. Daher würden sich mobile „Makerspaces“ oder „Fabmobils“ anbieten, um die in NRW schon existierende „Makerbewegung“ weiter zu fördern.</p>	

		<p>vorbereitet. Zahlreiche profilierte Medienveranstaltungen wie z.B. das Global Media Forum, der gamescom congress, der Deutsche Entwicklerpreis oder auch Matchmaking-Veranstaltungen sollen eine „Perlenkette“ attraktiver NRW-Medienveranstaltungen bilden. Die zusätzlichen Mittel in Höhe von 500.000 Euro sollen dazu beitragen, dass solche Formate einen deutlichen Bedeutungszuwachs erfahren können.</p>	
--	--	---	--

Tischvorlage

Änderungsanträge der Fraktionen zum Haushaltsgesetzentwurf 2019

Einzelplan 06

Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien
am 8. November 2018

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06
zum Haushaltsgesetz 2018**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 06 010 Titel 422 01</p> <p>Ministerium Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>2019 von 14.206.700 Euro um 71.100 Euro auf 14.277.700 Euro</p> <p>Ansatz lt. HH 2018 13.640.500 Euro</p> <p>Erhöhung der Planstellenzahl</p> <p>Die Zahl der Planstellen wird von 22 um 1 auf 23 erhöht:</p> <p>Von 22 Bes. Gr. A 15 Regierungsdirektor/Regierungsdirektorin Um 1 Bes. Gr. A 15 Regierungsdirektor/Regierungsdirektorin Auf 23 Bes. Gr. A 15 Regierungsdirektor/Regierungsdirektorin</p> <p>Begründung:</p>	SPD CDU GRÜNE FDP AFD

		<p>Zur Verstärkung der Maßnahme "Demokratiwerkstätten" (siehe Änderungsantrag zu HH: 06 070 – Titel 534 10) soll bei der Landeszentrale für politische Bildung aus diesem Ansatz ein ganze Referent/inn/en-Stelle (der Wertigkeit A 15) zusätzlich zur Verfügung gestellt und finanziert werden.</p>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	CDU FDP	<p>Kapitel 06 050 Kulturförderung</p> <p>Titel 685 60 Zuschüsse an sonstige Träger für Orchester, Musikschulen und Musikpflege</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <p>2019 Ansatz lt. HH 2018</p> <p>von 14.224.800 Euro 14.224.800 Euro um 500.000 Euro auf 14.724.800 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Das Offenbach-Jahr 2019 - unter dem Titel Yes We Canan - 200 Jahre Jacques Offenbach - Eine Entdeckungsreise in Köln und Region -, das mit den zusätzlichen Mitteln gefördert werden soll, ist eine breit angelegte Beteiligungsplattform, die offen ist für jede Art der Partizipation und die zahlreiche Veranstaltungen der Sparten Musik, Theater, Tanz, Forschung und Literatur mit Bezug zu Leben und Schaffen des in Köln geborenen Komponisten Jacques Offenbach bündelt. Höhepunkt wird die Kölner Offenbach-Festwoche sein, die um den 200. Geburtstag des Kölner Komponisten am 20. Juni 2019 stattfinden wird. Neben Operaufführungen und großen Konzerten mit bekannten Werken des Komponisten, will das Offenbach-Jahr durch Erstaufführungen an die</p>	CDU SPD FDP AfD GRÜNE

		<p>innovative Kraft seines zeitkritischen Musiktheaters anschließen und durch ein großes Open-Air Event möglichst viele Bürgerinnen und Bürger an dem Jubiläum teilhaben lassen. Mit innovativen künstlerischen Angeboten, Neuentdeckungen, in Vermittlungsformaten sowie mit zahlreichen Einzelereignissen leistet das Offenbach-Jahr 2019 nicht nur einen wichtigen Beitrag zur Sichtbarkeit aller Akteure im Offenbach-Jahr 2019, sondern garantiert auch eine qualitativ hochwertige, wissenschaftlich fundierte und künstlerisch anspruchsvolle Auseinandersetzung mit Person und Werk des Komponisten.</p>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p data-bbox="472 640 576 1715">Kapitel 06 070 Landeszentrale für politische Bildung Titel 534 10 Sächliche Verwaltungsausgaben für den Bereich der Landeszentrale für politische Bildung</p> <p data-bbox="603 1373 639 1715">Erhöhung des Baransatzes</p> <p data-bbox="671 860 735 1715">2019 von 2.975.400 Euro um 500.000 Euro auf 3.475.400 Euro</p> <p data-bbox="671 860 735 1106">Ansatz lt. HH 2018 2.975.400Euro</p> <p data-bbox="868 1536 900 1715">Begründung: Die Mittelерhöhung ist für die Verstärkung der Maßnahmen zur aufsuchenden politischen Bildung gedacht. Die „Demokratiwerkstätten“ leisten einen wichtigen Beitrag für die dezentrale Arbeit der Landeszentrale. Daneben soll zur Durchführung dieses „Demokratiwerkstätten“ bei der Landeszentrale für politische Bildung aus diesem Ansatz ein ganze Referent/inn/en-Stelle zusätzlich zur Verfügung gestellt und finanziert werden. Siehe Änderungsantrag zur HH-Stelle 06 010 – 422 01 (Aufwuchs im Personalbereich um eine A 15 Stelle)</p>	CDU SPD FDP GRÜNE AFD

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis								
	CDU FDP	<p>Kapitel 06 070 Landeszentrale für politische Bildung</p> <p>Titelgruppe 63 Durchführung von Aufgaben nach § 96 Bundesvertriebenengesetz</p> <p>Titel 684 63 Zuschüsse an kulturelle oder ähnliche Einrichtungen</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <p>2019</p> <table style="margin-left: 20px;"> <tr> <td>von</td> <td>2.412.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>280.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>2.692.000 Euro</td> </tr> </table> <p>Ansatz lt. HH 2018</p> <table style="margin-left: 20px;"> <tr> <td></td> <td>2.792.000 Euro</td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Die Mittel dieser Titelgruppe dienen dazu, das Kulturgut der Vertriebsgebiete im Bewusstsein der Vertriebenen und Flüchtlinge, des gesamten deutschen Volkes und des Auslandes zu erhalten. Darüber hinaus wird die Weiterentwicklung der Kulturleistungen der Vertriebenen und Flüchtlinge gefördert. Bei den Maßnahmen handelt es sich um Instrumente der Selbstidentifikation, aber auch der Integration der Heimatvertriebenen, Spätaussiedler und ihrer Nachkommen aus diesen Gebieten. Diese Maßnahmen umfassen insbesondere Themen der</p>	von	2.412.000 Euro	um	280.000 Euro	auf	2.692.000 Euro		2.792.000 Euro	CDU SPD FDP AfD GRÜNE
von	2.412.000 Euro										
um	280.000 Euro										
auf	2.692.000 Euro										
	2.792.000 Euro										

	<p>Erinnerungskultur und Völkerverständigung sowie des innereuropäischen Dialogs. Um das Interesse insbesondere junger Menschen an der Thematik zu stärken, kommt der generationsübergreifenden (historisch-) politischen Bildung ein besonderer Stellenwert zu.</p> <p>Gefördert werden kulturbezogene Projekte und Projekte der (historisch-) politischen Bildung. Die Maßnahmen sollen die Wechselbeziehungen zwischen den Deutschen und ihren östlichen Nachbarn angemessen berücksichtigen. Sie können insbesondere in folgender Form durchgeführt werden:</p> <ul style="list-style-type: none">- Veranstaltungen, z.B. Vorträge, Seminare, Workshops; musikalische oder tänzerische Darbietungen und Begegnungen im Inland und Herkunftsland;- Veröffentlichungen wissenschaftlicher und künstlerischer Art, soweit der Umgang mit eventuellen Einnahmen (Verkaufseinnahmen) klar geregelt wird;- Ausstellungen, sofern mit dem Förderantrag eine aussagekräftige Ausstellungsbeschreibung vorgelegt wird.- Innovative Veranstaltungs- und Workshop-Formate (z. B. onlinebasiert; Langzeitprojekte mit mehreren, kurzen Präsenzphasen, z. B. Erstellung von Webseiten, Datenbanken etc.) <p>Insbesondere werden die Heimatstuben der Landsmannschaften in ihrer Arbeit unterstützt. Zudem soll es dem Zuwendungsempfänger BdV NRW ermöglicht werden, eine Personalstelle einzurichten.</p>	
--	--	--